

Armut und Globalisierung

Die Globalisierung hat nützliche und schädliche Auswirkungen auch im Hinblick auf die Armutsbekämpfung. Es braucht eine wirksame politische Steuerung, damit sich ihre Potentiale zugunsten eines weltweiten Gemeinwohls bzw. einer Überwindung von Armut und Ungerechtigkeit entfalten. Armut kann überwunden werden, Ressourcen reichen aus, wenn sie gerecht geteilt werden. Dazu braucht es eine gute Regierungsführung „good governance“ und zwar global, national und lokal abgestimmt. Das erfordert ethisch angeleitete Strukturen und Menschen,

die aus einer ethischen Orientierung heraus diese Strukturen aufbauen, Abläufe regeln und Politikkonzepte kohärent umsetzen in Staat und Zivilgesellschaft, international ebenso wie vor Ort. Eine Ausrichtung von Programmen und Politik an menschenrechtlichen Grundsätzen ist ein vielversprechender Ansatz auf diesem Weg.

Die vielen Gesichter der Armut in der globalisierten Welt

Laut Statistiken und Berichten der Vereinten Nationen leben von 7 Milliarden

Auswirkung der Globalisierung auf die Armut

Jenseits der Armuts-Spiritualität der Ordensgemeinschaften stellt sich das gesellschaftliche Problem der Armut als eine Frage von globaler Bedeutung dar. Enthusiastische Befürworter preisen die Globalisierung als eine Entwicklung, die durch Öffnung der Märkte und international gültige Welthandelsbedingungen wirtschaftliches Wachstum ermöglicht, sogar befördert und dadurch das skandalöse und hartnäckige Phänomen der Armut langfristig behebt. Dagegen gibt es die Globalisierungsskeptiker, die genau gegenläufige Auswirkungen mit der Liberalisierung der Märkte beklagen. Die Öffnung der Grenzen für Waren und Dienstleistungen führt in ihrer Wahrnehmung zu einem hochproblematischen Kostenwettbewerb, der sich negativ auf die Beschäftigungslage und die Einkommensverhältnisse auswirkt und somit weltweit zu einer Verarmung der Mehrheit der Menschen, einem Auseinanderklaffen der Schere zwischen arm und reich, führt. Der hier vorgelegte Beitrag erörtert Armut und Globalisierung an Beispielen aus der Arbeitswelt. Arme sind nicht zuerst Adressaten von tatsächlicher oder potentieller Hilfe, sondern in aller Regel arbeitende Menschen, deren Einkommen, Lohn oder Erträge zu gering sind (oder ihnen vorenthalten werden), um ein menschenwürdiges Leben für sich und ihre Familien zu ermöglichen.

Menschen auf der Erde nach wie vor rund 1 Milliarde in absoluter Armut und erleiden Hunger. Darüber hinaus gibt es Schätzungen, die besagen, dass die Hälfte der Erdbevölkerung mit einem Einkommen von unter 10.000 US Dollar im Jahr auskommen muss. Die globale Einkommensverteilung ähnelt einem Champagnerglas: Oben, wo das Glas am breitesten ist, verfügen die reichsten 20% der Bevölkerung über $\frac{3}{4}$ des gesamten weltweiten Einkommens. Unten am Stiel, wo das Glas am schmalsten ist, verfügen die ärmsten 40% über 5% des weltweiten Einkommens und die ärmsten 20% über gerade einmal 1,5%. Die ärmsten 40% entsprechen ungefähr den 2 Mrd. Menschen, die von weniger als 2 USD am Tag leben. Die Mehrheit der Armen lebt im globalen Süden und in ländlichen Gebieten, viele jedoch in den bevölkerungsreichen Schwellenländern. Vielfach sind Haushalte mit weiblichen Vorständen von Armut betroffen, auch sind es überwiegend Frauen, die in prekären und informellen Verhältnissen arbeiten.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO- International Labour Organisation) stellte als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Jahr 2008 eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit weltweit fest und eine wachsende Zahl derjenigen, die in der informellen Wirtschaft ihr Einkommen erwerben. Verstärkt durch die Krisen, vergrößert sich auch die Ungleichheit der Einkommen – auch in den wirtschaftsstarken Ländern. In vielen wirtschaftsschwachen Staaten steigt für die Menschen dort die Vulnerabilität durch unsichere Einkommen, fehlende soziale Sicherung und Abhängigkeiten durch Verschuldung. So kämpfen Müllsammlerinnen in Pu-

ne gegen den Einkommensrückgang wegen fehlender Nachfrage nach recycelten Rohstoffen und Minenarbeiter in der Kupferregion Sambias verlieren ihre Arbeit, weil die Nachfrage nach dem Rohstoff Kupfer gefallen ist.

Autoreninfo

vollständige Angaben zum Autor stehen Ihnen in der gedruckten OK zur Verfügung.

Ein weiteres Phänomen ist die wachsende Zahl beschäftigungsloser oder unterbeschäftigter Jugendlicher. Laut neuester Zahlen der ILO ist die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen allein nach der Finanz- und Wirtschaftskrise um fast 1 Prozent angestiegen, von 11,8 auf 12,7%, das sind weltweit 4,5 Mio der 15-24 -Jährigen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb eines Jahres seit den letzten 20 Jahren, in denen diese Daten erhoben werden. Ein bedrückendes Szenario: Wie sollen junge Menschen mit viel Energie aber ohne berufliche Perspektive, ohne oder mit mangelnder Aus- und Weiterbildung und minimaler sozialer Sicherung ihren Weg ins Erwachsenenleben starten?

Auch die zunehmende Kriminalisierung von Armut und armer Menschen muss zu diesem Negativbild gezählt werden. So werden bevorzugt informell

Arbeitende, wie z.B. Straßenhändlerinnen oder Parkhelfer bei internationalen Großveranstaltungen, aus dem Stadtbild verjagt, so geschehen bei der Fußballweltmeisterschaft 2010 in der Republik Südafrika oder im Umfeld politischer Veranstaltungen der EU und der afrikanischen, karibischen und pazifischen Länder in Papua Neu Guinea 2008. Menschen ohne Aufenthaltspapiere werden denunziert, wozu die noch auf Länderebene nicht endgültig abgeschaffte Meldepflicht der Schulen und Arztpraxen in Deutschland beiträgt.

Geradezu paradox ist die Tatsache, dass 80% der weltweit hungernden und unterernährten Menschen in ländlichen Gebieten leben. Vielfach sind sie Kleinbauern, Hirten, Fischer und Landarbeiter. Ihnen fehlen der gesicherte Zugang zu Land und Arbeit sowie die Infrastruktur, um durch die Erzeugung, Weiterverarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln ein Auskommen zu erwirtschaften. Die Gründe hierfür sind vielfältig und liegen in einer Verknüpfung von verfehlter Agrarpolitik und Weltmarktstrukturen.

Bei der Entstehung von Armut und Hunger spielen gesellschaftliche und politische Verhältnisse selbstverständlich eine Rolle, so z.B. die Stellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft. Größtenteils sind es die Frauen, die zuständig sind für die Versorgung der Familien, sei es auf dem Land bei der Bestellung der Felder oder in der Stadt durch den Einkauf und die Zubereitung der Nahrungsmittel. Frauen sind aber oft benachteiligt, was Eigentums- und Arbeitsrechte angeht. Auch deshalb haben sie es zusätzlich schwer in dem Bemühen, ihre Familie mit Nahrung, Bildung und Gesundheit zu versorgen.

Gertrud Casel



Gertrud Casel hat, nach dem Studium der Psychologie und der katholischen Theologie, im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gearbeitet und war Generalsekretärin des Bundesverbandes der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands. Seit Juni 2002 ist sie Geschäftsführerin der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* sowie der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung und des Exposure- und Dialogprogramme e.V.

Hoffnungszeichen

Diese Situation wirkt bedrückend. Dabei gab es zum Ende des letzten Jahrtausends durchaus einige Hoffnungszeichen, etwa das Ende des Kalten Krieges und hoffnungsvolle Aufbrüche zu mehr Demokratie in Mittel- und Osteuropa. Die internationale Staatengemeinschaft verabschiedete im Jahr 2000 die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen. Aus ihr wurden acht vorrangige Entwicklungsziele formuliert, die sich die UN vornahm bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Priorität hat das Ziel, im neuen Jahrtausend die Armut auf der Welt zu reduzieren. Weitere Ziele sind, das Gesundheits- und Bildungsniveau zu heben, die Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, nachhaltig zu wirtschaften und eine Partnerschaft für Entwicklung und Frieden aufzubauen.

Hildegard Hagemann



Die promovierte Agrarwissenschaftlerin Dr. Hildegard Hagemann arbeitet seit 2002 als Projektreferentin im Sachbereich Entwicklung der Deutschen Kommission Justitia et Pax mit den Arbeitsschwerpunkten Informelle Wirtschaft und Organisationsfreiheit, Gerechte Agrarmarktbedingungen, Partizipation in entwicklungspolitischen Prozessen. Zuvor war sie Afrikareferentin bei der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz.

Unterstützt durch die Millenniumserklärung hat sich das UN-System mit seinen Fach- und Sonderorganisationen reformiert und sich auf die Stärkung der politisch-bürgerlichen sowie der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Menschenrechte hin weiterentwickelt. Bei Verhandlungen in internationalen Foren nimmt die Beteiligung und Anhörung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu. Nicht zuletzt der „Arabische Frühling“ und die „Occupy Bewegung“ setzen weitere Zeichen, dass Menschen sich nicht mit den Verhältnissen zufrieden geben, sie bereit sind, Globalisierung zu gestalten und gute Regierungsführung einzufordern, um tatsächlich Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden.

Licht und Schatten der Globalisierung

Offensichtlich wirkt sich die unaufhaltbare Globalisierung der Weltgemeinschaft in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sehr unterschiedlich auf Strukturen auch innerhalb von Gesellschaften aus. Einerseits führt sie sowohl zu Macht- und Marktkonzentrationen, was wirtschaftliche kulturelle und soziale Vielfalt weltweit schwächt. Andererseits bedingt sie auch eine zunehmende Disparität der Lebensverhältnisse, die vom Einkommen und somit vom Zugang zu Bildung und Gesundheit, sozialer Sicherung, sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe beeinflusst werden. Diese Tendenzen zeichnen sich sowohl in wirtschaftsschwachen Ländern als auch in den Industrienationen ab, sie bringen hier wie dort ähnliche Herausforderungen für eine in die Zukunft gerichtete Politik mit sich, um nachhaltig die Überlebensfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten Einzelner und von Minderheiten in ihren Gesellschaften zu stärken. Aber es braucht unterschiedliche Strategien und Politikansätze in reichen und armen Ländern, um den Herausforderungen zu begegnen. Im Folgenden werden einige Politikfelder näher auf Auswirkungen der Globalisierung hin untersucht, die Armutsrisiken beinhalten und Chancen für eine gerechte und zukunftsfähige Welt beinträchtigen, und die daher besonderer Beachtung von Entscheidungsträgern bedürfen.

Menschliche Arbeit

Beschäftigung und Arbeit, weil sie Einkommen schaffend sind, ermöglichen Bildung, Gesundheit und Hebung des

Lebensstandards und persönlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Menschen, die den Zugang zu formeller Arbeit und Einkommen verlieren bzw. ihn nie hatten, haben immer weniger Chancen, sich aus der Armutsfalle zu befreien.

Das Recht auf menschenwürdige Arbeit ist im Sozialpakt der UN aus dem Jahr 1966 festgelegt. Es gehört somit zu den wirtschaftlich sozialen und kulturellen Menschenrechten. Seine Umsetzung ist eine Voraussetzung für die Bekämpfung von Armut. Der Anteil aber von arbeitsfähigen Menschen, die in registrierten, abgesicherten und genügend Einkommen schaffenden Arbeitsverhältnissen stehen, liegt in vielen Ländern der Erde unter 50%, ja teilweise unter 75%. Das heißt aber auch, dass die knapp 1,8 Mrd Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar Tageseinkommen auskommen müssen, in der informellen Wirtschaft, ohne Arbeitsschutz, ohne soziale Absicherung und ohne Langzeitperspektive tätig sind. Das heißt auch, dass die Mehrheit der arbeitsfähigen Menschen gar nicht die Vorteile formeller Beschäftigungsverhältnisse und damit den Schutz sozialer und rechtlicher Errungenschaften genießen können, wie sie z. B. von der ILO, der ältesten Sonderorganisation der Vereinten Nationen, festgeschrieben wurden.

Die ILO ist sich dieser Problematik durchaus bewusst. Seit 2001 befasst sie sich verstärkt mit der Situation informell Arbeitender, die zum Teil erheblich zum Bruttoinlandprodukt eines Landes beitragen, aber unter teils menschenunwürdigen Bedingungen den Unterhalt für sich und ihre Familien erarbeiten müssen. Sie beschreibt die großen Herausforderungen für Armutsbekämpfung

bezüglich der demographischen Entwicklung in vielen ihrer Mitgliedsländer- der Überalterung einerseits und der Zunahme der Beschäftigungslosigkeit junger Menschen andererseits. Perspektivlosigkeit der Jugendlichen trägt zu sozialen Unruhen bei, wie der Ausbruch der Revolten in Ägypten und Tunesien im Dezember 2010 zeigt. Die friedliche und hoffnungsvolle Beendigung dieser Aufstände gehört (noch) nicht zur Routine der Konfliktlösung. Die Überalterung von Gesellschaften führt zu einer Schiefelage in der Versorgungsleistung der erwerbstätigen Generation gegenüber den Alten und Jungen, falls der zahlenmäßig abnehmende arbeitsfähige Teil der Bevölkerung dies nicht durch Steigerung der Produktivität und des Einkommens kompensieren kann.

Arbeitsmigration und Mobilität

Diese Entwicklungen geben der Debatte um die Arbeitsmigration, um die Öffnung der Grenzen für Migranten und Migrantinnen eine neue Argumentationsbasis. Fachkräftemangel auf Seiten der hochentwickelten Industrienationen wird zum treibenden Faktor, die Arbeitsmärkte Europas für willkommene Migranten zu öffnen. Dazu werden die Vorteile zirkulärer Migration beschworen, das heißt, der Möglichkeit zwischen Herkunftsland und Zielland mehrfach zu pendeln. Der entwicklungspolitische Nutzen dieser Migrationsform, die den Arbeitsmärkten und Unternehmen in Europa und dem globalen Norden Entlastung schafft, ist umstritten. Zum einen braucht es für Migration ein gewisses Startkapital, das Arme nicht ohne hohe Risiken aufbringen können, und sie haben auch kaum Chancen, die gewünschten Qualifizierungen aufzu-

weisen. Zum anderen sind die Einkommen und somit die Rücküberweisungen von Migranten und Migrantinnen Privatvermögen, das entwicklungspolitische Leistungen und Verpflichtungen der Staaten nicht ersetzen darf und auch nicht entwicklungspolitisch gelenkt werden kann. So bleibt als drittes Argument, mit dem geworben wird, der Technologietransfer. Dieser gelingt aber nur bedingt, weil die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Reintegration und des Aufbaus nachhaltiger Existenzen im Heimatland unter Umständen groß sein können, rechtliche Hindernisse den Technologietransfer verzögern oder die individuelle Orientierung anders verläuft. Ein letzter kritischer Punkt sind die sozialen Konsequenzen der Arbeitsmigration von Eltern, die durch das zwangsläufige Zurücklassen der Kinder in der Obhut etwa älterer Verwandten entstehen können. Diese sind zu wenig erforscht, als dass man behaupten könne, dass sie kosten- und nachteilsfrei seien.

Natürliche Ressourcen/Privatisierung öffentlicher Güter

Die Zunahme der Weltbevölkerung und das vorherrschende Primat des wirtschaftlichen Wachstums ziehen einen erhöhten Bedarf an Energien und Ressourcen nach sich. Auch der Weg aus der Armut ist gekennzeichnet durch eine Zunahme des Energie- und Ressourcenverbrauchs für den Privathaushalt, durch die Schaffung von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten und durch die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion als Folge einer erhöhten Nahrungsmittelnachfrage. Dies ist im Zusammenhang mit dem von Menschen verursachten Klimawan-

del doppelt dramatisch, denn einerseits braucht es also Energie und Ressourcen, um Armut zu bekämpfen, andererseits sind gerade arme Menschen durch den Klimawandel, der durch Zunahme von CO₂ Emissionen verstärkt wird, besonders betroffen. Entweder, weil sie in betroffenen Regionen leben, in denen Klimaextreme auftreten, oder weil sie für sich keine Optionen durch Versicherungen, soziale Sicherungssysteme oder Abwanderung eröffnen können. Wenn zu dieser Vulnerabilität zusätzlich die von außen verordnete Privatisierung öffentlicher Güter und Versorgungssysteme, wie Wasser und Energie kommen, dann setzt sich eine Spirale der Prekarität in Gang, aus der sich arme Menschen nicht mehr befreien können. Arme Menschen werden bzw. bleiben verletzlich, so dass es verstärkter Anstrengungen bedarf, diesen Kreislauf zu durchtrennen. Vor allem bedarf es einer klugen und gerechten Energie-, Ressourcen-, Agrar- und Wirtschaftspolitik.

Ländliche Räume und Ernährungssicherung

Auch steigende Nahrungsmittelpreise können ein Ergebnis ungestalteter Globalisierung sein. Die letzte Nahrungsmittelpreiskrise wurde verursacht durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren: klimabedingte Missernten, die Verteuerung der Betriebsmittel, Spekulation mit Grundnahrungsmitteln auf den Finanzmärkten. Die Vernachlässigung ländlicher Räume, der Agrarwirtschaft und der Erhalt nationaler Ernährungssicherheit sind jedenfalls auch eine Seite der Medaille. Allerdings könnten Bauern zu recht erwarten, dass sie endlich einen angemessenen, kostendeckenden

Preis für ihre Produkte erzielen. Dennoch hatten nicht nur städtische Arme das Nachsehen, sondern auch kleinbäuerliche Familien selbst leiden unter höheren Preisen ihrer lebensnotwendigen Ausgaben, zumal die längst überfällige Wiederbelebung der kleinbäuerlichen, arbeitsplatzintensiven Landwirtschaft nur langsam in Schwung kommt. Die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation der UN, die FAO, aber auch regionale Strukturen wie die African Union sowie die internationale Entwicklungszusammenarbeit erkennen die Relevanz von Ernährungssicherung als selbstbestimmtes nationales Konzept nach Jahrzehnten der Vernachlässigung an. Mit der Renaissance von Agrarforschung und Technologietransfer, dem Aufbau von Genossenschafts- und Vermarktungswesen, der Verbesserung der Infrastruktur für den Marktzugang, dem Angebot eines unabhängigen und leicht zugänglichen Beratungs- und Bildungswesens muss einhergehen, dass diese Angebote beim kleinbäuerlichen Subsistenzbetrieb ansetzen, damit Armut im ländlichen Raum wirksam bekämpft werden kann. Neben der Betonung der Primärproduktion von Lebensmitteln geht es auch um den Aufbau von Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum. Menschenwürdige Arbeitsverhältnisse für Landarbeiterinnen sind ebenso wichtig wie die Aufwertung des Berufsbildes „Landwirt“.

Kohärenz in der Politikgestaltung

Ein Grund für den scheinbar unauflösbaren, „gordischen“ Knoten von Globalisierung und Armut liegt in der sektoralen Herangehensweise an die Problematik. Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik, Außen- und Si-

cherheitspolitik, Agrarpolitik, ja auch Migrations- und Entwicklungspolitik laufen auf getrennten Schienen und sind angetrieben von nationalen Interessen, die aber von Industrie und Wirtschaft formuliert werden. So kann es vorkommen, dass die auf Expansion und Markterweiterung ausgerichtete Agrarpolitik in Europa Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit zum Aufbau einer stabilen Eigenproduktion landwirtschaftlicher Produkte in armen Ländern zuwider läuft. Nur zu gut bekannt ist der Fall der Exporte von Hähnchenteilen nach Westafrika, die so günstig sind, dass sie den Verkauf von einheimisch gezogenen Geflügel verhindern. Beispiele inkohärenter Politik in Deutschland und Europa finden sich in vielen Bereichen, sei es die Rüstungsexportpolitik, die es ermöglicht, dass unzählige Kleinwaffen Konflikte unkontrollierbar machen oder die Fischereipolitik, die dazu führt, dass die Gewässer vor den Küsten anderer Länder überfischt werden und traditionelle Fischereiwirtschaft zerstört wird. Ein weiteres Beispiel ist die Beschäftigungspolitik in Europa, die einerseits hohe Flexibilität der Arbeitenden erfordert, andererseits eine restriktive Migrations- und Mobilitätspolitik durchsetzt. Global gesehen finden sich Inkohärenzen in den Vorgaben internationaler Finanzorganisationen zur Kreditvergabe wirtschaftsschwacher Staaten und dem Schutz öffentlicher Güter wie Wasser. Sowohl in der deutschen als auch der europäischen und internationalen Politik wird der Ruf nach kohärenter Politikgestaltung zwar gehört, aber der politische Wille zur Umsetzung ist noch nicht stark genug. Im Regierungshandeln zeigt sich ein wiederkehrender

Ressortegoismus. Es klafft eine Lücke zwischen erklärten politischen Zielen und Prioritäten und einer kurzfristigen Interessenorientierung in der politischen Alltagspraxis.

Damit kommen wir zum Kernanliegen der auf der christlichen Sozialethik beruhenden Vorstellung von globaler Gerechtigkeit, nämlich einer menschengerechten, an den Armen orientierten Politik, die mitgetragen wird von gesellschaftlichen Akteuren und im gesellschaftlichen Dialog erarbeitet wird.

Globalisierung braucht politische Steuerung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt

Wenn Christen und Kirche über Fragen der Globalisierung nachdenken, dann ist für sie die universale Ausrichtung des christlichen Glaubens entscheidend: alle Menschen sind nach dem Ebenbild Gottes geschaffen. Der christliche Glaube versteht die Menschheit deshalb als eine Gemeinschaft, in der ein jeder und eine jede gleich ausgestattet ist mit einer unantastbaren Würde, und in der alle miteinander verbunden sind. In dieser Gemeinsamkeit gründet auch die Pflicht zu einer Solidarität, die sich prinzipiell weder auf die eigene Familie oder das persönliche Lebensumfeld noch auf die Angehörigen von Staaten, Nationen oder Bündnissen eingrenzen lässt. Christlich verstandene Solidarität ist global.

Wechselseitige Abhängigkeit und Solidarität ...

Globalisierung, wenn sie verstanden wird als das zunehmende Zusammenrücken in der Einen Welt, ist für Christen kein Anlass für Untergangsstimmun-

gen, sondern durchaus Zeichen der Zeit für das Zusammenwachsen der „Menschheitsfamilie“. Der Enzyklika „Populorum Progressio“ von Papst Paul VI., dem Gründungsdokument von *Justitia et Pax*, wurde einerseits naiver Fortschrittsglaube andererseits linke Kapitalismuskritik vorgeworfen. Tatsächlich hat sie bereits 1967 die Risiken aber auch die Chancen einer zunehmend interdependenten Welt realistisch beschrieben und theologisch gedeutet. Die Zeichen der Zeit erfordern mutige Antworten aus dem Glauben. In Fortführung der Grundaussagen von „*Pacem in Terris*“ (Johannes XXIII. 1962) hat „*Populorum Progressio*“ eine konsequente Stärkung internationaler Zusammenarbeit und entsprechender Strukturen eingefordert, durchaus auch im UN-System. Dies geschah mit dem Ziel, integrale Entwicklung zu fördern und die dazu notwendigen gerechten Wirtschafts-, Handelsstrukturen und Regeln anzumahnen. Außerdem wollte „*Populorum Progressio*“ Abrüstung und die Eindämmung des damals schon ausufernden Waffenhandels sowie die Teilhabe Aller an kultureller und sozialer Entwicklung in Gang setzen. In gewisser Weise entsprechen die Millenniumsentwicklungsziele den bereits damals geforderten internationalen Programmen.

Weil Christen im Glauben die globale Einheit der Menschheitsfamilie niemals losgelöst denken können von den Kategorien der gleichen Würde aller und der verpflichtenden Solidarität füreinander, müssen sie die konkreten Globalisierungsverläufe stets daran messen, ob und inwieweit sie der Würde aller Menschen und ihren elementaren Rechten dienen. Mit Papst Johannes Paul II.

gesprochen, geht es um eine „Globalisierung der Solidarität“: „Das Gemeinwohl der ganzen Menschheit bedeutet eine Kultur der Solidarität mit dem Ziel, der Globalisierung des Profits und des Elends eine Globalisierung der Solidarität entgegenzuhalten.“ (Johannes Paul II zum Weltfriedenstag am 01.01.2001)

...braucht politische Steuerung

Globalisierung beschreibt also eine bisher nicht gekannte Verdichtung und Beschleunigung grenzüberschreitender Interaktionen und Verflechtungen. Globalisierung als Prozess ist in gewisser Weise unumkehrbar, aber das gegenwärtige Programm der Globalisierung muss gestaltet und verändert werden: Auf dem Weg dahin braucht es mehr als bisher eine politische Steuerung der starken ökonomischen Eigendynamik der Globalisierung. Deshalb liegt der katholischen Kirche so sehr an der Entwicklung einer „global governance“ mit international verbindlichen und ethisch begründeten rechtlichen Regelungen und Standards und mit Akteuren, die in der Lage sind, diese durchzusetzen. Es geht um Tugend, um Individualethik, aber auch um gerechte Strukturen, um ethisch angeleitete Strukturreformen bzw. den Aufbau neuer Strukturen und Regeln.

Papst Benedikt XVI sagt in der Enzyklika „Caritas in Veritate“ (CiV), dass wir Gestalter, nicht Opfer der Globalisierung sein dürfen und, dass angemessen geplante und ausgeführte Globalisierungsprozesse auf weltweiter Ebene eine noch nie dagewesene große Neuverteilung des Reichtums möglich machen“ (CiV 42).

Aus dem christlichen Glauben erwächst eine sehr hohe Achtung vor dem Men-

schen, seiner Würde, seiner Freiheit und seiner Verantwortung. Er begründet einen Glauben an das Gute im Menschen, an seine gottgegebenen Potentiale ebenso wie einen realistischen und kritischen Blick auf seine Anfälligkeit für die Sünde, den Geiz, die Gier, das Haben oder Gelten wollen. Daher braucht es gerechte Regeln und Strukturen in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitswelt, ebenso wie Kontrolle, Aufsicht und Sanktionsmechanismen. Immer stärker haben die jüngsten Sozialenzykliken ebenso wie die Aufrufe zum Weltfriedenstag unterstrichen, dass zur Wahrheit des Menschen gehört, dass er als Teil der Menschheitsfamilie in wechselseitiger Abhängigkeit lebt und sich nur in Solidarität verwirklichen kann. Gerade in den jüngsten Krisen zeigt sich dies in eindrücklicher, geradezu dramatischer Weise. Weder der Nationalstaat noch der Clan oder die eigene Ethnie ist in der Lage, langfristig das menschenwürdige Leben für alle zu gewährleisten, sondern die internationale Gemeinschaft muss sich demokratisch legitimierte handlungsfähige Einrichtungen schaffen bzw. entwickeln. Ein lebendiges Bewusstsein, als Teil der Menschheitsfamilie in Verantwortung um einander zu stehen, kann der nach wie vor umstrittenen Abgabe nationalstaatlicher Souveränität an zwischenstaatliche bzw. internationale Einrichtungen, in der gesellschaftlichen Debatte Unterstützung verschaffen.

In den Armen ist Gott gegenwärtig ...

Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft Arme am härtesten. Sie hat Hunger und Elend verschärft und u.a. den Marktzugang für Arme noch mehr erschwert. Die Armen aber sind für die katholische

Kirche nicht nur ein ethisches Thema. In den Armen ist Gott gegenwärtig. „Was ihr den Geringsten getan habt, das habt ihr mir getan“, heißt es in den Gerichtsreden. Gott hat sich in der Krippe und am Kreuz offenbart, nicht auf Thronen oder in Palästen. In den Armen und Ausgegrenzten fordert uns Gott heraus, Solidarität mit den Armen, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit zu zeigen. Die durch die internationale Finanzkrise weiter verschärfte Ungleichheit fordert den Ruf nach Gerechtigkeit, nach Bedürfnis- und Chancengerechtigkeit geradezu heraus: Schon viele haben es gesagt, aber es ist bemerkenswert, wie viel Geld für „Schutzschirme für Banken und Wirtschaft“ in kurzer Zeit aufgebracht werden konnte, wenn politischer Wille und Sorge zusammen gehen. Wie schwer aber ist es, die Mittel aufzubringen zur Halbierung der Armut, dem ersten Ziel der Millenniums-Entwicklungsziele, die die internationale Gemeinschaft schon seit 2000 vereinbart hat und erreichen will. Fehlt da der politische Wille oder die öffentliche Aufmerksamkeit, die Sorge für den fernen Nächsten, der unter die Räuber gefallen ist?

Eine inklusive Globalisierung

Es braucht eine Beteiligung armer Länder an Beratung und Verhandlung von Lösungen, damit diese nachhaltig tragen, damit sie passen, damit Ownership entwickelt werden kann. Es braucht eine inklusive Globalisierung. Der Weltfinanzgipfel der G20 im November 2008 in Doha ist zwar ein Fortschritt gegenüber dem G7/8-Club. Aber das genügt nicht, es braucht eine Beteiligung auch der armen und ärmsten Länder. Dies hat uns nicht zuletzt das Scheitern der

WTO-Doha-Entwicklungsrunde gelehrt, exklusive Verhandlungsführung, fehlende Investitionen in „Capacity building“ der armen und ärmsten Länder machte das Scheitern immer wahrscheinlicher.

Die internationale Finanzkrise offenbarte ein gravierendes Defizit an Global Governance. Gegenüber den beschleunigten Kapital- oder Finanztransaktionen gab es keine effektive politische Steuerung oder Kontrolle, gegenüber den hoch riskanten Risikogeschäften keine Aufsicht, keine Versicherung und vielleicht hatte letztendlich keiner der beteiligten Akteure einen Überblick. Es braucht

- eine klare Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer Ursachen und Lernen aus den Fehlern
- ethisch begründete klare Ziele, ein Leitbild integraler menschlicher Entwicklung für alle für den Finanzsektor
- Gemeinwohlbindung
- demokratisch legitimierte und transparente Verfahren
- Regeln, die rückgebunden sind an Menschenrechte, hier insbesondere WSK-Rechte und
- Möglichkeiten diese Regeln durchzusetzen.

Der Mensch muss im Mittelpunkt allen Wirtschaftens stehen

Diesen Grundsatz hat die Katholische Soziallehre seit „Rerum Novarum“ von Anfang an durchbuchstabiert unter wechselnden Stadien wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Die Arbeit und die Wirtschaft sind für den Menschen da. Dass deshalb das Kapital bzw. die Finanzwelt Dienstleistungen für die Wirtschaft erbringen muss, ist gerade

in jüngster Zeit immer wieder betont werden:

- Internationale Finanzstrukturen sollen den Menschen dienen. Finanzdienstleistungen sollen Ressourcen für die Realwirtschaft bereitstellen
- Menschen, die in Politik, in Finanz- und Wirtschaftsunternehmen Verantwortung tragen, müssen ihr gerecht werden können. Dies setzt Wertebildung, ethisches Lernen und ethisch gebundene Lehre voraus, gerade auch für Entscheidungsträger.
- Es geht darum Strukturen so zu ordnen, dass sie den Menschen dienen. Menschenrechte müssen verbindliche Kriterien in den internationalen Strukturen werden. Regeln müssen durchgesetzt werden können: Es waren die Sanktionsmechanismen, die der WTO ihren „Biss“ gaben und geben.

Ein langer Weg aus der Armutsfalle – Menschenrechte als Leitplanken

Der meist versprechende Ansatz bei der Bewertung von Programmen und Politiken ist die Ausrichtung an menschenrechtlichen Grundsätzen, die völkerrechtlich verbindlich sind. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Pakte zu den bürgerlich-politischen sowie den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten sind Dokumente, auf die sich die Regierungen der Staatengemeinschaft schon vor vielen Jahrzehnten geeinigt haben. Dennoch brauchen die beschriebenen Menschenrechte weitere Erläuterungen. Regierungen müssen an ihre Verpflichtung, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und

zu gewährleisten regelmäßig erinnert werden. Dazu braucht es einerseits eine gut aufgestellte Zivilgesellschaft aber andererseits auch konkrete Ausformulierungen und Leitlinien, die wiederum in den internationalen Organisationen erarbeitet werden. Zu nennen sind hier z.B. die Freiwilligen Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung der FAO aus dem Jahr 2004 oder die neuen Leitlinien zur verantwortungsbewussten Nutzung von Land, Fischerei und Wald von 2012. Auch ist in diesem Zusammenhang das Konzept für Menschenwürdige Arbeit der ILO, zu dem immer mehr der 183 Mitgliedsorganisationen seit etwa 10 Jahren die ILO- Länder Strategien für menschenwürdige Arbeit erarbeiten, zu nennen. Diese Beispiele abgestimmter Global Governance zeigen, wie ein menschenrechtsorientiertes Konzept – international vereinbart – unter sehr verschiedenen gesellschaftlichen Voraussetzungen national und hoffentlich dann auch vor Ort zur Umsetzung kommt. Ein weiteres Beispiel sind die im letzten Jahr überarbeiteten OECD-Leitlinien für Multinationale Unternehmen, die seit fast 40 Jahren Vorgaben für verantwortungsbewusstes Unternehmertum in den Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie für den Aufbau entsprechender Strukturen wie z.B. Beschwerdemechanismen bieten.

Einzigartig ist in diesem Zusammenhang der Ansatz und Aufbau der fast 100 Jahre alten ILO zu nennen, in der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierungen zusammen Sozialstandards zum Schutz der Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern verhandeln. Diese Dreigliedrigkeit ist ein einerseits bewährtes,

andererseits ausbaufähiges zukunftsweisendes Konzept für andere Bereiche der Regierungsführung. Es kommt auf die Stärkung des sozialen Dialogs und der Partizipation an. Hierfür ist die Verhandlungsrunde zum Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Hausangestellten ein gutes Beispiel, das im Juni 2011 von den Mitgliedsstaaten der ILO mit großer Mehrheit angenommen wurde. Hausangestellte sind Arbeiterinnen, die überwiegend unangemeldet und ungesichert, also in der sogenannten informellen Wirtschaft, arbeiten. Die Verhandlungen haben gezeigt, dass es möglich ist, den betroffenen Hausangestellten selbst die Möglichkeit zu geben, ihre Bedürfnisse in Rechte zu kleiden und sie somit als Arbeiterinnen anzuerkennen. Das war zwar ein Prozess von mehr als 50 Jahren, aber er ist – zumindest auf der ILO Ebene – erfolgreich abgeschlossen. Nun gilt es, diese Konvention in nationales Recht der Mitgliedsstaaten umzusetzen.

Die Verankerung der Menschenrechte im internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsregime wurde bisher viel diskutiert. Ihre Umsetzung auf den Märkten dieser Welt, den Warenmärkten aber auch den Finanzmärkten, ist aber wenig fortgeschritten. Erste Zielmarke einer Reform und Umorientierung müsste sein, jede Maßnahme, jeden Handel, jede Regelfestlegung einer Prüfung auf die Verträglichkeit mit den Menschenrechten zu unterziehen.

Der menschenrechtsbasierte Ansatz bei der Betrachtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik wird den gesellschaftlichen Diskurs über die Verantwortung des Einzelnen aber auch der Gesellschaft für die Mitmenschen und nachkommenden Generationen sowie die

uns anvertraute Schöpfung befördern. Vor dem Hintergrund der Betonung privatwirtschaftlicher Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit ist diese Diskussion aber auch dringend geboten, um die Grenzen der Freiwilligkeit zu verdeutlichen. Wir brauchen sowohl verbindliche Standards und Regeln für die Privatwirtschaft als auch ein ethisch bewusstes nachhaltiges Konsumverhalten, aber auch einen handlungsfähigen Staat der rechtlichen Schutz und Ansprüche gegenüber Marktteilnehmern gewährleistet und durchsetzt.

Fazit

Die Millenniumsentwicklungsziele sind im Jahr 2000 mit einer weltweiten Kampagne bekannt gemacht worden. Der Leitspruch war, dass wir die erste Generation sind, der die Mittel zur Verfügung stehen, sowohl finanziell als auch technologisch, um Armut abzuschaffen. Wir dürfen dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren – weder als Staatengemeinschaft, die sich dazu verpflichtet hat, noch als Zivilgesellschaft, die die Staaten trägt.

Massive Armut und eklatante Ungleichheit sind gravierende soziale Übel, eine doppelte Geißel unserer Zeit. In unserer vernetzten Welt ist Massenarmut inmitten von Überfluss wirtschaftlich ineffizient, politisch nicht tragfähig und moralisch unhaltbar; ihre Überwindung hingegen ökonomisch vorteilhaft, ethisch geboten und politisch klug und zukunftsfähig.